

++++
Newsletter Natur- und Umweltschutz 1/2009 von Gisela Splett,
umweltpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg
++++

Liebe Leserinnen und Leser,

anbei erhalten Sie wieder einige aktuelle Informationen über GRÜNE
Initiativen im Landtag zum Natur- und Umweltschutz. Ich wünsche viel Spaß
bei der Lektüre und freue mich über Rückmeldungen und Anregungen. Sie
können auch gerne den Newsletter an Dritte weiterleiten oder auslegen.
Ich hoffe, Sie bleiben an den Grünen Aktivitäten im Landtag interessiert,
und wünsche Ihnen ein glückliches 2009.
Mit herzlichen Grüßen aus Karlsruhe/Stuttgart,
Gisela Splett

1) ANTRAG „ÖKOLOGISCHE VORBILDFUNKTION DES LANDES AUF LANDESEIGENEN
FLÄCHEN“

Die Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt betont die Bedeutung der
Vorbildfunktion der öffentlichen Hand. Daher habe ich einen Antrag
gestellt, mit dem Ziel, dass ein Konzept zur Berücksichtigung der
Biodiversitätsbelange auf landeseigenen Flächen erstellt wird. Dazu sollen
alle Flächen des Landes, wie Wald, landwirtschaftlich genutzte Flächen,
Verkehrsflächen ebenso wie der Siedlungsbereich einbezogen werden.
Beispiele sind naturnahe Waldbewirtschaftung, ökologische Landwirtschaft,
Biotopvernetzung und die Verwendung gebietsheimischen Saatguts in
landeseigenen Grünflächen.

Dieser Ansatz entspricht auch dem Umweltplan des Landes, in dem die
Vorbildfunktion des Landes mehrfach hervorgehoben wird.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3838.html

2) ANTRAG „AUCH IM KLIMAWANDEL AUF EINHEIMISCHE BAUMARTEN SETZEN“

Immer wieder wird von Seiten der Forstverwaltung der verstärkte Anbau von
Douglasien propagiert. Der durch den Klimawandel zu erwartende Rückgang der
Fichte könne durch die Erhöhung des Douglasienanteils zumindest teilweise
kompensiert werden. Laut Minister Hauk gibt es auch keine ökologischen
Bedenken gegen die Ausweitung der Douglasienbestände, da es sich - so heißt
es im Ausschussbericht wörtlich „bei der Douglasie nicht um einen Neophyten
handle“.

Fakt ist jedoch, dass es sich bei der Douglasie um einen potentiell proble-
matischen Neophyten handelt, der aufgrund seines Verjüngungsverhaltens und
der Konkurrenzkraft bestehende Waldbestände stark verändern kann. Deshalb
sollte insbesondere in der Nähe besonders schutzwürdiger Biotope auf den
Douglasienanbau verzichtet werden.

Ich fordere daher auch in Zeiten des Klimawandels heimische Baumarten zu
verwenden und ein entsprechendes Waldumbauprogramm zu beginnen.

Antrag:
www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_3852.html

3) ANTRAG „WASSERRAHMENRICHTLINIE“

Mit einem Antrag habe ich mich nach der Umsetzung der Wasserrahmenricht-
linie erkundigt und dabei auch gefragt, inwieweit die geplante Ökokonto-
Verordnung zu einer Erhöhung des aus dem Naturschutzbereich stammenden
Finanzierungsanteils führen könnte.

Die Antwort von Umweltministerin Gönner auf meine Fragen ist in vielfacher Hinsicht ernüchternd. Klar ist schon seit langem, wie groß der Handlungsbedarf im Bereich der Gewässerstruktur ist. Fast ein Drittel der Gewässer hat man hier in die Kategorie „erheblich verändert“ eingestuft. Tätig werden will man nur an so genannten „Programmstrecken“. Laut Landesregierung werden „die zur Verfügung gestellten Mittel und auch die Verwaltungs- und Planungskapazitäten es nicht erlauben, die Ziele bis 2015 vollständig zu erreichen.“ Für die Bundeswasserstraßen Rhein und Neckar ist immer noch ungeklärt, ob Land oder Bund für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zuständig sind.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3695_D.PDF

Im Januar haben Umweltministerium und Regierungspräsidien Veranstaltungen durchgeführt, um die Bewirtschaftungspläne für die verschiedenen Bearbeitungsgebiete vorzustellen. Die Pläne, zu denen bis 30. Juni Stellungnahmen abgegeben werden können, sind zu finden unter: www.wrrl.baden-wuerttemberg.de

In diesem Zusammenhang hat sich auch der BUND zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie geäußert. Garniert mit Lob kritisiert der BUND den Zeitplan der Landesregierung als zu wenig ehrgeizig:

www.bund-bawue.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/alle-gewaesser-im-land-muessen-bis-2015-in-einem-oekologisch-guten-zustand-sein

4) ABGEORDNETENBRIEFE ZU FRÜHEREN ANTRÄGEN

ÖKOLOGISCHE MASSNAHMEN IM IRP: In Landtagsdrucksache 14/154 erhielt ich auf eine Frage zu ökologischen Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms (IRP) die Auskunft, dass „die finanziellen Möglichkeiten des Landes“ es zum damaligen Zeitpunkt nicht erlaubten, „diejenigen Maßnahmen, die nicht in direktem Zusammenhang mit den Hochwasserschutzmaßnahmen stehen, aber zur Erreichung der ökologischen Ziele der Erhaltung und Wiederherstellung der Auenlandschaft erforderlich sind“, umzusetzen. Das im Dezember vom Ministerrat beschlossene Konjunkturprogramm sieht nun für Hochwasserschutzmaßnahmen 30 Mio. Euro vor. Vor diesem Hintergrund habe ich um Auskunft gebeten, ob hierbei auch die Realisierung von Maßnahmen des Rahmenkonzepts Teil II des IRP vorgesehen ist.

Leider ist die Antwort, die ich aus dem Umweltministerium erhalten habe, negativ. Zwar ist die Auswahl der Hochwasserschutzmaßnahmen, die im Rahmen des Landesinfrastrukturprogramms umgesetzt werden sollen, noch nicht abgeschlossen. Da aber im Zuge des Infrastrukturprogramms „nur zwingende Investitionsvorhaben, die in den nächsten Jahren ohnehin anstehen würden und die kurzfristig vorgezogen werden können“, berücksichtigt werden können und keine entsprechenden Maßnahmen des Rahmenkonzeptes Teil II vorliegen, „können diese auch nicht über das Infrastrukturprogramm finanziert werden“.

RECYCLINGPAPIER: Im Jahr 2007 hatte ich mich intensiv mit der Verwendung von Recyclingpapier in der Landesverwaltung auseinandergesetzt und dabei in Erfahrung gebracht, dass der Recyclingpapier-Anteil von ca. 40% im Jahr 2002 auf ca. 27% im Jahr 2006 zurückgegangen war. Inzwischen wurde das Thema in der Fortschreibung des Umweltplans aufgegriffen und seit Anfang 2008 gibt es eine neugefasste Beschaffungsanordnung. Vor diesem Hintergrund habe ich nun nachgefragt, wie sich die Verwendung von Recyclingpapier in den Landesbehörden seit der Ausschussberatung im März 2007 entwickelt hat.

AUSWEISUNG VON SCHON- UND BANNWÄLDERN: In Landtagsdrucksache 14/703 hatte ich die Auskunft erhalten, dass von den bis 1995 ausgewiesenen Waldschutzgebieten 20 Schon- und 7 Bannwälder Anfang 2007 keinen offiziellen Schutzstatus mehr hatten, die Mehrzahl dieser Gebiete aber noch in Bearbeitung sei. Ich habe deshalb nun nach dem aktuellen Stand der Ausweisungsverfahren gefragt.

AUERHUHN-AKTIONSPLAN: Im Auerhuhnaktionsplan, den die Landesregierung 2008 veröffentlicht hat, ist zur Umsetzung der Maßnahmen im Handlungsfeld Habitatgestaltung ausgeführt, dass ein „sofortiger Beginn der Herstellung der Habitataignung im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten“ und die „Bereitstellung der für die Umsetzung angeforderten Ressourcen im Staatswald“ vorgesehen sind. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen für 2009 habe ich deshalb gefragt, von welchem Mittelbedarf auszugehen ist und ob diese Mittel bereit stehen. Die Antwort steht aber leider noch aus.

Die genannten Abgeordnetenbriefe (und die Antworten, sobald sie vorliegen) können bei Interesse in meinem Büro angefordert werden.

5) ANTRAG „FLÄCHENVERBRAUCH UND GWERBEGBIETE“

Zu dem bereits im letzten Newsletter erwähnten Antrag „Flächenverbrauch und Gewerbegebiete“ liegt inzwischen eine Antwort vor. Interessant ist dabei unter anderem, dass die Landesregierung bestätigt, dass bei interkommunalen Gewerbegebieten aktuell „ein Trend zu Gebieten „auf der grünen Wiese“ bzw. in Form neuer Siedlungsansätze zu verzeichnen ist.

Bzgl. der Frage, ob beim Grundstücksankauf durch die Kommune die Bestimmungen des Grundstückverkehrsgesetzes beachtet wurden, ließ die Antwort aus meiner Sicht Fragen offen, so dass ich hierzu noch einen Abgeordnetenbrief geschrieben habe.

Klar ist, dass die im Antrag genannten geplanten Gewerbegebiete im Landkreis Ravensburg nur Beispiele sind. Landesweit gibt es etliche Planungen, die die GRÜNEN vor Ort und die Naturschutzverbände beschäftigen.

Angesprochen wurde ich unter anderem auf das im Kreis Biberach geplante interkommunale Gewerbegebiet Rißtal und das bei Immenstaad geplante Gewerbegebiet Kluftern-Süd.

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3657_d.pdf

6) HAUSHALT 2009

Für die Haushaltsberatungen 2009 hat die GRÜNE Fraktion eine ganze Reihe von Anträgen im Bereich Umwelt, Naturschutz und Klimaschutz eingebracht. So haben wir für den Naturschutzetat eine Erhöhung um insgesamt 7 Mio. Euro beantragt (3 Mio. Euro allgemeine Steigerung, 2 Mio. Euro für Natura 2000, 2 Mio. Euro für Biosphärengebiet Schwäbische Alb). Beim Umweltministerium haben wir uns unter anderem um zusätzliche Mittel für Altlastensanierung (13 Mio. Euro), EU-Umgebungslärmrichtlinie (2 Mio. Euro), Umweltforschung (0,8 Mio. Euro) und die LUBW (2 Mio. Euro) bemüht und etliche zusätzliche Millionen für Klimaschutz eingefordert. Beim Straßenbau haben wir Kürzungen beantragt und außerdem ein Finanzierungsprogramm für die Umsetzung des Landeswildwegeplans (zum Bau von Grünbrücken u.ä.) vorgeschlagen (5 Mio. Euro).

Pressemitteilungen von mir zum Thema Haushalt:

Grüne wollen anstatt in Straßen in Lebensräumen und Lärmschutz investieren

www.gisela-splett.de/Presse-Wildwege4.htm

Nachhaltiger Haushalt www.gisela-splett.de/Presse-Nachhaltigkeit5.htm

7) UMWELTPOLITISCHES IM WAHLKREIS

Zwei Verkehrsprojekte haben die die Karlsruher Politik in den vergangenen Wochen beschäftigt.

Zum einen die NORDTANGENTE, von der sich nun die Mehrheit des Karlsruher Gemeinderats verabschieden will. Wir GRÜNEN freuen uns über diesen Sinneswandel beim Oberbürgermeister und der SPD, werden aber sehr

aufmerksam verfolgen, wie es mit den Straßenplanungen entlang der Trasse weitergeht.

Pressemitteilung zur Nordtangente:

www.gisela-splett.de/Presse-Nordtangente4.htm

Bezüglich des Karlsruher U-Strab-Projekts, der so genannten KOMBILÖSUNG, gab es im Dezember eine neue Kostenschätzung. Grund genug für mich, bzgl. Finanzierung noch mal mit einem Antrag nachzuhaken.

Antrag zur Kombilösung:

www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3823_d.pdf

Pressemitteilungen zur Kombilösung:

Kein guter Tag für Karlsruhe www.gisela-splett.de/Presse-U-Strab7.htm

Finanzierung der Kostensteigerung www.gisela-splett.de/Presse-U-Strab9.htm

Ein weiterer Dauerbrenner ist und bleibt das geplante EDEKA-FLEISCHWERK bei Rheinstetten. Nachdem ich im November vom Land die Auskunft erhalten habe, dass der Kaufpreis noch offen sei, liegen mir inzwischen Unterlagen vor, denen zufolge es schon länger eine Wertermittlung und ein Verkaufsangebot gibt. Ich habe mich deshalb im Januar mit einem Abgeordnetenbrief an den Finanzminister gewandt und um Aufklärung gebeten.

Pressemitteilung zum Fleischwerk: www.gisela-splett.de/Presse-Fleisch4.htm

Last but not least sei noch die LÄRMAKTIONSPLANUNG in Karlsruhe erwähnt, bei der es zuletzt Unklarheiten bzgl. der Berücksichtigung des Bahnlärms gab. Meinem Kenntnisstand nach müsste die Lärmkartierung entlang der innerstädtischen Bahnstrecken durch das Eisenbahnbundesamt erfolgen und in den Aktionsplan der Stadt einfließen. Pressemitteilung hierzu:

<http://www.gisela-splett.de/Presse-Laerm6.htm>

8) NEUE MITARBEITERIN

Seit Januar habe ich eine neue Mitarbeiterin, die mich von ihrem Wohnort Efringen-Kirchen aus in umweltpolitischen Fragen unterstützt. Die Diplom-Geoökologin Heike Hauk wird ihre wissenschaftliche Kompetenz und ihre langjährige kommunalpolitische Erfahrung einbringen - für noch mehr und noch bessere umweltpolitische Initiativen im Landtag und hoffentlich immer interessante Newsletter. Sie können Sie per Mail unter heikehauk.naturundumwelt@web.de direkt erreichen.

+++++

Gisela Splett MdL

Büro im Landtag

Mitarbeiter: Alexander Geiger

Konrad-Adenauer-Str. 12

70173 Stuttgart

Telefon: 0711-2063-966

Fax: 0711-2063-660

Mail: gisela.splett@gruene.landtag-bw.de

Homepage: www.gisela-splett.de

+++++